Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorörtiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 2501. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 251. Sonntag, den 26. Oktober 1930. 83. Jahrg.

Streiflichter.

Vorbereitung zur Diktatur der Linken. Severing als starker Mann.
Herr Dr. Wirth beteiligt sich am Komplott gegen rechts.
Die nationale Flut ist nicht aufzuhalten. Auch nicht durch den Genossen König.

Der neue Reichstag hat sich nach kurzer Sitzungsperiode nach Hause schicken lassen. Er hatte wohl selbst das Gefühl völliger Ohnmacht gegenüber den innerpolitischen Problemen, deshalb ist es nicht von Nachteil, wenn er sich zunächst nicht in die weitere Entwickelung der Dinge hineinmischt. Der Parlamentarismus, wie er seit einem reichlichen Jahrzehnt zum Unglück Deutschlands sich ausgewirkt hat, ist erledigt. Neue Formen der Regierungsgewalt sind im Begriff, sich herauszubilden. Die erste Stufe ist das „Präsidialkabinett", das sich von dem Mehrheitswillen unabhängig zu machen versucht. Es wird aber nur ein Uebergang sein, die Regierung Brüning wird in ihrer heutigen Zusammensetzung diesen Winter nicht überleben. Sie ist weder Fisch noch Fleisch, nicht rechts und nicht links und wird deshalb eines Tages erledigt sein. Denn die Entwickelung der Verhältnisse drängt auf eine klare Entscheidung. Die Lauen werden, wie es in der Bibel heißt, „ausgespieen sein aus meinem Munde".

•

Auch die Koalitionen werden der Vergangenheit angehören. Die harte Notwendigkeit, herbeigeführt durch die wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe, wird über sie hinwegschreiten. (Mag auch der Entwurf des neuen Reichsetats, der eben veröffentlicht wird, noch so glatt aufgehen, er ist doch nichts anderes als eine phantastische Spekulation, die den harten Tatsachen gegenüber nicht bestehen wird.) Daß die diktatorische Gewalt den Parlamentarismus ablösen wird, ist niemandem mehr zweifelhaft. Es fragt sich lediglich, ob sie der Rechten oder der Linken zufällt. Darum allein geht heute der Kampf, alles andere ist weichliches Beiwerk, das die harten Tatsachen tarnen soll. Kein Zweifel, Genosse Braun hat die Zeichen der Zeit begriffen. Nachdem die Wahlen gegen ihn und seine Partei entschieden haben, hat er zu dem brutalen Schlage ausgeholt, durch welchen der „Wille des Volkes" korrigiert werden soll. Das ist der Sinn der plötzlichen Berufung Severings zum preußischen Innenminister. Preußen ist die letzte Domäne der Sozialdemokratie, von hier aus soll das Reich wieder in die Gewalt des Marxismus gebracht werden. Jeder Freund klarer Verhältnisse muß den Vorstoß des preußischen Ministerpräsidenten begrüßen, welcher der erste Schritt zu einer reinlichen Scheidung ist.

•

Mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit — die Rechtsparteien können hier nur lernen — hat, ohne irgendwen zu fragen, Braun seinen Parteifreund Waentig an die Luft gesetzt. Der „Mister Seidenstrumpf", wie der geborene Zwickauer und ehemalige Universitätsprofessor wegen seiner Vorliebe für feudalen englischen Lebenszuschnitt und seidene Strümpfe in intimen Parteikreisen genannt wird, ist fürwahr nicht der Mann für solche Zeiten. Da ist der „kleine Metallarbeiter aus Bielefeld", wenn er auch seit Jahrzehnten an keiner Drehbank gestanden hat, ein anderer Kerl. Unbeschwert durch den Ballast staatswissenschaftlicher und rechtlicher Bedenken ist er gewohnt, geradeaus den Weg zu gehen, der zur politischen Macht führt. Wenn jemand, so ist Severing geeignet, die Gewaltpläne durchzuführen, die das politische Programm des Marxismus der Verwirklichung entgegenführen sollen.

•

Der Dritte im Bunde soll Herr Grzesinski sein, der auf dem wichtigen Posten des Berliner Polizeipräsidenten die rechte Hand des preußischen Polizeiministers Severing sein wird. Er hatte bekanntlich wegen gewisser Skandale in seinem Privatleben sein Amt als preußischer Innenminister niederlegen müssen. In harten Zeiten wie den jetzigen kommt es dem Genossen Braun auf kleine Schönheitsfehler seiner Mitarbeiter nicht an, die Hauptsache ist, daß seine persönliche Macht und diejenige seiner Partei festgegründet wird wie ein Felsen aus Erz.

•

Die Demokratie freilich wird von der roten Dreimännerherrschaft Braun, Severing, Grzesinski in Preußen restlos an die Wand gedrückt werden. Darüber sich zu entrüsten, soll ruhig dem unbelehrbaren Teile des Bürgertums überlassen werden, der sich lächerlicher Weise durch das zeitweise demokratische Gebahren der Sozialdemokratie hat irreführen lassen. Der sogenannte Volkswille hat von jeher bei dem Marxismus nur dann eine Rolle gespielt, wenn er sich nicht gegen ihn richtete. Nachdem die Wahlen gegen die Sozialdemokratie entschieden haben, wird von ihr die demokratische Ladung, wie das vorauszusehen war, kurzer Hand über Bord geworfen. Der Genosse Severing drohte bereits in seiner ersten Rede, die er als neuer preußischer Innenminister hielt, mit der Anwendung physischer Gewalt. Wir haben keinen Zweifel, daß er einen Bürgerkrieg der theoretischen Auseinandersetzung über das, was vom Standpunkt der Demokratie aus gesehen Recht oder Unrecht ist, vorziehen wird.

•

Die ersten Auswirkungen des „Systems Severing" werden nicht lange auf sich warten lassen. Zunächst wird die preußische Polizei im marxistisch-gewerkschaftlichen Sinne „reformiert" werden. Die Reichswehr gilt seit dem Leipziger Prozeß gegen die Ulmer Offiziere nicht mehr für ganz zuverlässig. Es könnte ihr, trotz dem Wehrminister Groener, doch vielleicht einmal einfallen, gegen den roten Stachel zu löken. Deshalb soll die Polizei zu einer Art Bollwerk gegen das Heer ausgebaut werden. Mit den auch hier bestehenden Sympathien für die nationale Bewegung glaubt Hr. Severing wohl bald fertig zu werden. Der Hinauswurf im sozialistischen Sinne nicht ganz zuverlässiger Vorgesetzter wird mit der Besetzung der Offiziersstellen durch marxistische Kreaturen Hand in Hand gehen. Ferner wird die gesamte Beamtenschaft noch mehr als bisher geknebelt, und wird den Universitäten und Schulen die sog. republikanische Gesinnung mit Gewalt eingeimpft werden. Alles, was der Genosse Severing als Reichsinnenminister und sein Nachfolger in diesem Amte, Herr Dr. Wirth, bisher an der Einschränkung der Meinungsfreiheit geleistet haben, wird demgegenüber, was kommen wird, nur lächerliches Stückwerk sein.

•

Der jetzige Reichsinnenminister ist zweifellos an dem Komplott, durch welches der Genosse Braun die der Sozialdemokratie so gefährlich gewordene große Rechte erledigen will, beteiligt. Er hat sich gleichfalls gerüstet und sich den auf dem linkesten Flügel des Zentrums stehenden Ministerialdirektor a. D. Spieker als starken Mann verschrieben. Dieser Herr hat z. Zt. des oberschlesischen Polenaufstandes recht beachtliche Zeichen seiner Energie gegeben, sich aber später, als er Zeuge in den sog. Femeprozessen war, nicht mehr an alles erinnert. Er ist von jeher der Antreiber Wirths gewesen, mit dem er die Meinung teilt, daß der Feind rechts stehe.

•

Ob außer Dr. Wirth noch andere Mitglieder des Reichskabinetts an der marxistischen Verschwörung gegen die Rechte beteiligt sind, hat sich bisher nicht erweisen lassen. Zunächst ist die Verbindung zwischen Braun und Brüning wohl nicht sehr eng gewesen, aber wahrscheinlich hofft man, den Kanzler, indem man ihn vor vollendete Tatsachen stellt, in die neue Front hineinzudrängen. Das Komplott richtet sich auch gegen die Teile der Reichsregierung, welche die Verbindung nach rechts nicht abreißen lassen will. Was werden nun die Minister Treviranus, Schiele und Bredt tun, nachdem sich die innerpolitische Lage so stark zu Gunsten der Sozialdemokratie verschoben hat? Bisher hat man nichts davon gehört, daß sie sich bemühten, den marxistischen Anschlag abzuwehren.

•

Die richtige Antwort auf die Provokationen der Braun und Wirth wäre der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien von der Volkspartei bis zu der NSDAP. Aber damit ist bei der politischen Verblödung, welcher verschiedene Parteiverantwortliche verfallen sind, nicht zu rechnen. Es wird also den beiden Oppositionsparteien auf der Rechten überlassen bleiben, den Endkampf um die nationale Sache durchzufechten. Dabei werden wohl einige Spähne fliegen. Schließlich wird aber die nationale Flut nicht aufzuhalten sein. Vielmehr wird die sozialistische Reaktion dem Radikalismus der Rechten neuen Auftrieb geben.

•

Mögen die Herren um Braun und Wirth sich ihrer starken Fäuste rühmen, damit allein ist gegenüber dem idealistischen Schwung, der zum großen Schrecken der Sozialdemokratie gerade die Jugend erfaßt hat, auf die Dauer nichts auszurichten. Es gehört schließlich auch ein wenig Fingerspitzengefühl zu der Beurteilung der politischen Verhältnisse. Dieses geht selbst gebildeten Sozialisten ab, wie das Beispiel des Genossen König zeigt, der einst Kandidat für das preußische Kultusministerium war und jetzt Vorsitzender des Provinzialschulkollegiums für Brandenburg und Berlin ist. Dieser Herr scheint nichts davon gehört zu haben, wie sich seit den Septemberwahlen nationales Empfinden bis weit in die Linkskreise hinein zeigt, wie auch den bisher verführten Massen bewußt wird, welches Unheil die sog. Verständigungs- und Tributpolitik über das Volk gebracht haben. Sonst würde er nicht das Singen des neu entstandenen letzten Verses des Deutschlandsliedes verboten haben, der bekanntlich lautet:

Deutschland, Deutschland über alles
Und im Unglück nun erst recht!
Nur im Unglück kann sich zeigen,
Ob die Liebe treu und echt.
Und so soll es weiter klingen
Von Geschlechte zu Geschlecht:
Deutschland, Deutschland über alles
Und im Unglück nun erst recht!

Wenn die Herren Genossen und ihre Helfer ihre Diktatur aufrichten, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Volksstimmung zu nehmen — dem nationalen Deutschland kann es nur recht sein. **Umso schneller und gründlicher wird sich der rote Terror erledigen.**

Amtliche Anzeigen.

Montag, den 27. Oktober 1930, vorm. 11 Uhr soll in Neustädtel 1 Strumpfnähmaschine öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Restaurant zum Stern.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Aue. **Straßenbenennung.**

Die parallel zum Niederschlemaer Wege verlaufende nunmehr ausgebaute Straße unterhalb der früheren Pillingschen Heilanstalt erhält ab heute die Bezeichnung „Beethovenstraße", die Verbindungsstraße zwischen dieser und dem Niederschlemaer Wege die Bezeichnung „Hebbelstraße".
Die Bezeichnung „Mozartstraße" wird auch auf die Schützenstraße erstreckt, die Bezeichnung Schützenstraße kommt in Wegfall. Die Bezeichnung „Pestalozzistraße" wird ebenfalls auf den unteren Teil der Lutherstraße von der Bockauer Straße bis zur Einmündung in die Pestalozzistraße erstreckt.
Aue, 22. Oktober 1930. Der Rat der Stadt.

Staatsstreich in Aegypten.

Kairo, 24. Okt. In ganz Aegypten wird jetzt die neue Verfassung proklamiert, die König Fuad dem Land durch Dekret auferlegt. Durch diese neue Verfassung wird König Fuad der Diktator Aegyptens. Truppen sind überall im Lande verteilt, um die angekündigten Protestproklamationen zu verhindern. Die Kammer und der Senat werden aufgelöst. Neuwahlen werden erst abgehalten, wenn die neuen Wahllisten fertig sind, die unter dem neuen Dekret anzufertigen sind. Das Dekret ändert sämtliche grundsätzlichen Artikel der bisherigen ägyptischen Verfassung.

Wirths Liebesmüh war vergeblich.

Das Beamtenparlament fordert Revision des Youngplanes.

Berlin, 24. Okt. Der 7. ordentliche Bundestag des Deutschen Beamtenbundes fand heute nachmittag seinen Abschluß. Der bisherige Bundesvorsitzende Flügel wurde mit 260 von 337 Stimmen wiedergewählt. Es wurde noch eine Reihe von Entschließungen angenommen. In einer Entschließung wird erklärt, der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung lasse die notwendige Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten vermissen. In Verkennung ihrer wirtschaftlichen Lage sollte der Beamtenschaft ein besonders drückendes Opfer auferlegt werden. Da die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung sogar eine Heranziehung hoher und höchster Privateinkommen außer Betracht ließen, rechtfertige sich schon hieraus eine Ablehnung der Gehaltskürzung, die überdies des notwendigen sozialen Einschlages entbehre. Die Gesamtbeurteilung des Wirtschafts- und Finanzplanes gehe dahin, daß unter Entlastung bestimmter Kreise und unter Vermeidung politisch vielleicht schwer durchzubringender Maßnahmen für die Sanierung der öffentlichen Finanzen in erster Linie die Beamten herangezogen werden sollen. Der Bundestag lehne die vorstehend gekennzeichnete Tendenz des Planes der Reichsregierung aus den dargelegten Gründen einmütig und geschlossen ab. Eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen schwierigen Lage seien neben der allgemeinen geldwirtschaftlichen Depression die hohen Reparationszahlungen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung müsse es sein, die Revision des Youngplanes zu beantragen. Mit Bedauern wird dann in der Entschließung festgestellt, daß außer der wirtschaftlichen auch die rechtliche Stellung der Beamten stark erschüttert sei. In steigendem Maße sei die Zurückdrängung des Berufsbeamtentums und der Ersatz von Beamten durch Angestellte und Arbeiter zu beobachten. Zum Schlusse wird der Wille der Beamtenschaft zur tatkräftigen Unterstützung aller Maßnahmen betont, die den Bestand des durch die Weimarer Verfassung geordneten Staates sichern, gleichzeitig aber auch der Wille zur entschiedenen Abwehr aller unberechtigten Eingriffe in die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Stellung der Beamten.

Berlin, 24. Okt. Die „Rote Fahne" vom 24. Oktober ist wegen eines Artikels „Wir warnen vor Severing" beschlagnahmt worden.

Berlin, 24. Okt. Das mitteldeutsche und das ostelbische Braunkohlensyndikat haben beschlossen, Nachlaß auf den Industrieeinzelpreis für Brikett zu gewähren, der 6 RM. für zehn Tonnen beträgt. Die Hausbrandpreise bleiben bei beiden Syndikaten unverändert.

Altona, 24. Okt. Im Bombenlegerprozeß beantragte heute der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rüttmann die Freisprechung aller Angeklagten. Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.